

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Leipzig.
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagskonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch
den Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Oesterreich-Ungarn 6.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Beilagezeitung von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gelbsteine Kompositionen zu 20 Pf., darauf 40 Prozent
Zerlegungszuschlag, bei Familienangehörigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).
Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Veranschaulichung zur Zeitnahme an
gezeichneten Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefe der Länge 20 Pf.

Nr. 198.

Dresden, Donnerstag den 28. August 1919.

30. Jahrg.

Das neue Reichsheer.

Die Auflösung der Kriegsministerien.

Berlin, 27. August. Das Heeresverordnungsblatt, das an die Stelle des bisher vom preussischen Kriegsministerium herausgegebenen Heeresverordnungsblatts tritt, enthält eine Verordnung des Reichspräsidenten Ebert, in der es heißt: Mit dem Inkrafttreten der Verfassung sind alle Teile der Wehrmacht des Reiches meinem Oberbefehl unterstellt. Ich übertrage die Ausführung dieses Oberbefehls dem Reichswehrminister, soweit ich nicht unmittelbare Befehle erteile. Gleichzeitig ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen und hat die Selbständigkeit der Heeresverwaltung der einzelnen Länder aufgehört. Verwaltungsbefugnisse und Kommandogewalt treten daher den einzelstaatlichen Kriegsministern nicht mehr zu. Mittel des Reiches sind für ihre Stellen vom 1. Oktober 1919 an nicht mehr verfügbar. Die Verantwortung für militärische Maßnahmen und Ausgaben wird von nun an allein von der Reichsregierung getragen und von ihr vor der Nationalversammlung über dem Reichstag vertreten. Spätestens bis zum 1. Oktober 1919 soll aus den vorhandenen einzelstaatlichen Kriegsministerien und sonst geeigneter Militärbehörden das Reichswehrministerium gebildet werden. In der Übergangszeit wird sich der Reichswehrminister für die Führung der Verwaltung der vorhandenen einzelstaatlichen militärischen Zentralbehörden bedienen, die zu diesem Zwecke in Reichswehrbefehlshabern umgewandelt werden. Er wird dabei der landmannschaftlichen Eigenart in den einzelnen Ländern im Sinne der mit den Landesregierungen während der Verfassungsberatung getroffenen Vereinbarungen Rechnung tragen und die enghälteste Regelung dieser Beziehungen durch das neu zu schaffende Reichsrecht schleunigt in die Wege leiten.

Im Anschluß daran wird eine Bekanntmachung des Reichswehrministers veröffentlicht, in der es heißt: Die Oberen der Reichswehrbefehlshaberei erhalten bis auf weiteres die Befugnis, alle Verwaltungsgeschäfte ihres Bereichs in meiner Vertretung selbständig zu erledigen. Außerdem bevollmächtige ich bis zum vollständigen Ausbau des Reichswehrministeriums die Reichswehrbefehlshaber Preußens, in meiner Abwesenheit und in minder wichtigen Sachen in Vertretung der Reichswehrministerien die bisherigen preussischen Kriegsministerien und die für das gesamte Heer gültigen Verträge für mich zu bearbeiten und in Vertretung des Reichswehrministers zu unterzeichnen. Anordnungen und Maßnahmen, die zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Reichspräsidenten und meiner ministeriellen Gegenzeichnung bedürfen, sind hiervon ausgeschlossen. Die Oberen der Reichswehrbefehlshaberei üben Befehlsgewalt über die Truppen ihres Bereichs aus, soweit ich nicht unmittelbar Befehle an die Truppen erteile, was hinsichtlich der Führung und Verwendung der Truppen die Regel bilden wird.

Neuer Staatsfremd in Ungarn?

In dem zerrütteten Ungarn will und will keine Ruhe werden. Der bisherige Ministerpräsident Friedrich weist nicht vom Plage und erklärt, daß er auch nicht davon zurückzukehren, einen zweiten Staatsstreich durchzuführen, weil er das Vertrauen des Landes habe. Fortgesetzt empfangt Friedrich Deputationen, welche ihn auffordern, im Innern zu bleiben. Seitens der Sozialdemokraten wird dem Bestreben Friedrichs der größte Widerstand entgegengebracht und erklärt, daß die Einhabung Clemenceaus durch den Reichspräsidenten in Paris erhalten habe, eine Justifikation ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich zwei Regierungen bilden. Die Entente wird aufgefordert, einen Staatsrat zu ernennen, der die Leitung der Geschäfte zu übernehmen hätte. — Friedrich veröffentlicht, wie aus Budapest gemeldet wird, folgende Erklärung:

Die in Budapest weilenden Entente-Missionen haben heute für sich und gemein am wiederholt erklärt, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht einmischen und dies auch in Zukunft nicht tun werden. Zuletzt haben sie dies erklärt, als sie das heutige Ministerium auflösten, die Geschäfte weiter zu führen. Auf Grund dessen bin ich überzeugt, daß die Entente sich tatsächlich in die Konstitutionierung der neuen Regierung einmischen will. Da ich es nun für unmöglich halte, daß nicht einmengen will. Da ich es nun für unmöglich halte, daß nicht irgend jemand ein Kabinett bilden könnte, das jede der hier erwähnten Missionen und dabei auch die Parteien und die Wehrmacht bezieht, werde ich mit möglicher Berücksichtigung der fruchtbarsten Wünsche nach beidem Wissen ein Ministerium zusammenstellen und die Liste den Missionen überreichen. Zugleich werde ich die Liste mit Entente-Missionen überreichen. In dieser Hinsicht werde ich die Missionen zur Kenntnis bringen. In dieser Hinsicht werde ich die Missionen zur Kenntnis bringen. In dieser Hinsicht werde ich die Missionen zur Kenntnis bringen.

Dinter Stephan Friedrich steht der Erzherzog Joseph. Daran weist die folgende Nachricht hin:
Nach einer Meldung des Ung. Zeigt. Bur. kommen nach allen Teilen des Landes die Leute massenhaft nach

Budapest, um ihre volle Solidarität mit der Politik des Ministerpräsidenten zum Ausdruck zu bringen. Die Kundgebung ist durchaus spontan. Mittags gegen vier Uhr versammelten sich auf dem Georgplatz, wo die Redner ihre volle Aufmerksamkeit für die gegenwärtige Politik betonen. Der Ministerpräsident sprach in seiner Antwort die Überzeugung aus, daß eine andere Politik als die, welche er vertritt, hier in Ungarn nicht gemacht werden könnte. Die Menge zog Johann auf die andre Seite des Erzherzoglichen Palais, auf dessen Balkon Erzherzog Joseph erklärte. Dieser erklärte, daß Ungarn aus seinem Grabe wieder erstanden sei. Die Unkraft und der christliche Geist sowie die Tugenden der ungarischen Rasse würden es wieder aufrichten und ihm zum Emporblühen verhelfen.

Ran hört wieder das alte Lied von einst. Unkraft, christlicher Geist, nationale Tugenden — mit solchen Schlagworten arbeitet die Reaktion überall. Wird es den Dunkelmannern gelingen, mit ihren Heulen das ungarische Volk zu fohern? Nein! Man freilich hat ihnen rüftig vorgearbeitet, indem er durch seine Wirksamkeit all die hohen Ideale, die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten erstrebt, in argen Verfall bei der kriegsfranken Bevölkerung brachte.

Die Freigabe der Schuhwaren.

(Eigene Drahtung)

Von ausländischer Stelle wird den V. B. N. mitgeteilt: Nachdem die Nationalversammlung sich für die Abschaffung der Zwangsbeschaffung von Häuten, Leder und Lederwaren ausgesprochen hat, ist die Aufhebung der Bezugsbeschränkung für Schuhwaren in den nächsten Tagen zu erwarten. Es sind Maßnahmen in Aussicht genommen, den Schuhbedarf der minderbemittelten Bevölkerung zu angemessenen Preisen sicherzustellen.

Unser ganzes Volk

erschüttern schwere innere Krisen, und auch die Partei bleibt davon nicht unberührt. Zur Rechten wir zur Linken sehen wir zähe Gegner am Werk, uns die teuer erkauften Erwerbungen der Revolution wieder zu entreißen. Die einen trachten danach, uns geradewegs zurückzuführen in die Nacht schwärzester Reaktion, wie sie noch vor kurzem schwer auf Deutschland lastet. Die andern versuchen, uns auf anarchistische Wege zu locken, auf denen Rußland und Ungarn gegangen sind und die über Brand und Leichen auch wieder in die Reaktion münden. Inmitten solchen Wirrwarrs schreiet die

Dresdner Volkszeitung

fest und unbeirrt auf der Straße weiter, die uns unfre große Führer seit mehr als einem halben Jahrhundert vorgezeichnet haben. Unablässig bemüht sie sich, die planvolle organische Entwicklung zum Sozialismus zu fördern und alle gewaltsamen Eingriffe, mögen sie von rechts oder links kommen, abzuwehren. Alle, die gleich uns die Verwirklichung der sozialistischen Ziele erschauen, denen die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten zustrebt, handeln im ureigensten Interesse, wenn sie uns in unfrem Streit unterstügen und überall im Volke werben für ihr Kampfblatt, die

Dresdner Volkszeitung.

fest und unbeirrt auf der Straße weiter, die uns unfre große Führer seit mehr als einem halben Jahrhundert vorgezeichnet haben. Unablässig bemüht sie sich, die planvolle organische Entwicklung zum Sozialismus zu fördern und alle gewaltsamen Eingriffe, mögen sie von rechts oder links kommen, abzuwehren. Alle, die gleich uns die Verwirklichung der sozialistischen Ziele erschauen, denen die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten zustrebt, handeln im ureigensten Interesse, wenn sie uns in unfrem Streit unterstügen und überall im Volke werben für ihr Kampfblatt, die

Offizier und Volksstaat.

Von parteigängig bisher gut informierter Seite geht uns folgende Zuschrift zu, die wir der Regierung und der sozialdemokratischen Fraktion zu besonderer Beachtung empfehlen. Die hier wiedergegebenen Beobachtungen entsprechen auch unseren Erfahrungen, weshalb wir die Forderung nach besserer Kontrolle gewisser Offizierskreise nur unterstützen können.

Vom 1. Oktober d. J. an gehört das sächsische Kriegsministerium der Wehrmacht an. Schon lange vor dem Kriege war dieses Ministerium nur eine Dekorationsfigur für den sächsischen König. Unentscheidende Bestimmungen konnten im Modus nicht getroffen werden, dies geschah in Berlin, und das sächsische Kriegsministerium war nur eine Zwischenstelle von Preußens Gnaden, die nebenbei dem Staat im Laufe eines jeden Jahres eine erhebliche Summe Geld kostete, die besser zu andern Zwecken hätte verwendet werden können. Erst die Revolution hat auch hier grundlegenden Wandel geschaffen: die Kriegsministerien der Einzelstaaten verschwinden und die Ausübung der einheitlichen Befehlsgewalt über unsre Wehrmacht geht über von einer Stelle. Das ist sowohl vom Standpunkt der Reichseinheit wie auch aus Sparmaßregeln zu begrüßen, und es wird weniger geben, die dem Verschwinden der einzelstaatlichen Kriegsministerien Trauer nachwören.

Es wird also vom 1. Oktober an keinen sächsischen Kriegsminister mehr geben. Wie die Regelung der Befehlsgewalt über die etwa 7-8000 Mann umfassende sächsische Truppenmacht erfolgt, steht noch nicht endgültig fest. Wohl ver kündete vor einiger Zeit Wolffs Telegraphisches Bureau, daß für Sachsen als Oberbefehlshaber Generalmajor Freidörfer v. Odershausen auserwählt sei; diese Meldung wurde aber einige Tage später vom gleichen Bureau demontiert, es wurde gesagt, eine endgültige Entscheidung sei noch nicht getroffen. Wer militärische Oberbefehlshaber in Sachsen wird, interessiert uns nicht in so hohem Maße als die Frage: Wer kontrolliert die politische Tätigkeit dieser die oberste Befehlsgewalt ausübenden Offiziere? Man komme nicht mit dem Einwand, die Offiziere seien Soldaten, nicht als Soldaten, sie kümmern sich nicht um Politik. Diese bekannte Vogel-Strauß-Politik ist in der jetzigen Zeit unangebracht denn je. Wohl erklären die meisten Offiziere, sie stellen sich auf den Boden des Vaterlandes. Das belagt viel und wieder gar nichts. Auf den Boden des Vaterlandes stellen sich mit wenig Ausnahmen alle Deutschen, und doch leben sehr viele das Heil des Vaterlandes in der Wiedererrichtung der Monarchie. Da nun aber die Mehrheit des deutschen Volks sich auf den Boden der republikanischen Staatsverfassung stellt und seinen Willen durch die Annahme der republikanischen Staatsverfassung in der Nationalversammlung beides Ausdruck verliehen hat, so hat das Volk auch das größte Interesse an dem Entstehen und dem Ausbau der republikanischen Verfassung des Reichs. Die Mehrheitspartei der Nationalversammlung haben die Pflicht, der Willensmeinung der Mehrheit des Volks Rechnung zu tragen. Das deutsche vortreffliche Volk will nicht zurückkehren zum alten System, an dessen unglücklichen Regierungsergebnissen nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Enkelkinder zu leiden haben werden.

Es nun die republikanische Staatsform in Deutschland gesichert? Diese Frage muß man vorerst mit einem Ja beantworten. Worum! Aber Aufmerksamkeit ist anzubringen, sehr angebracht. Uns hat in letzter Zeit Kunde aus dem sächsischen Kriegsministerium erreicht, die uns in dieser Beziehung nicht immer befriedigte. Sagen wir es ganz offen: die Haltung vieler Offiziere entspricht in keiner Weise dem, was als dem Staatswohle dienlich bezeichnet werden muß. Wohl gibt es im Offizierskorps auch ehrlich demokratisch und liberal denkende Männer doch es sind verschwindend wenig. Und diese ehrlich republikanisch gesinnten Offiziere vertrauen sich nicht gegenüber ihren Kameraden, die trotz dem Verbote des Reichswehrministers Rolle mit dem reaktionären Nationalbund der Offiziere übeln, oder Mitglieder dieser Offiziersvereinigung sind, ihre Anschauungen offen und ehrlich zu vertreten. Dabei doch verschiedene Offiziere des sächsischen Ministeriums und des sächsischen Heeres aus ihrer monarchischen Gesinnung kein Gebl gemacht. Diese Herren würden sich nicht scheuen, im gegebenen Moment ihre Gedanken in die Tat umzusetzen.

Die Volkswertungen haben die unbedingte Pflicht, sich dieser Gefahr bewußt zu bleiben, und es wäre eine Aufgabe der Nationalversammlung, Reichswehrminister Rolle zu veranlassen, jedem Reichswehrgruppenkommandeur einen politischen Beitrag zu geben, der die politische Propaganda im Heere vom unparteiischen Standpunkt beobachtet und bekräftigt ist, ein einschiedenes Veto einzulegen. Dieser Beitrag ist der Volksvertretung für seine Handlungen voll verantwortlich. Man sage nicht, es werde keine politische Propaganda im Heere getrieben. Vor kurzer Zeit hat sich das Berliner Tageblatt nachgewiesen, daß eine ganz gemeine Judenbege unter den Soldaten propagiert wurde, und verschiedene Soldatenleistungen betätigen sich auch nicht immer in einer der frei-